

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 2.50 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 2.70 Mk.; durch die Post 2.70 Mk. auswärts. Beleggeld; durch unsere Vertreter aus dem Lande 3.— Mk. Einzelnummern 10 Hg.

Schäftsstelle: Clarab. 3.
Fernsprecher Nr. 24.

Anzeigenpreis: Für die einmalige Beilage oder deren Raum 30 Hg., im Restemeter 75 Hg., Chiffrenzeilen und Nachmeldungen 20 Hg. mehr. Prospekt nicht ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigen - Annahme 9 Uhr vormittags.

Nr. 24

Mittwoch den 29. Januar 1919

.. . . .

Der Wille zum Einheitsstaat.

Dangsam, aber sicher fügt sich Stein auf Stein zu dem großen Bau des neuen republikanischen Deutschland. Die Unken haben doch wieder einmal Lärm getrieben. Die Konferenz im Bundesratssaal des Reichsanpalastes des Innern, die vom frühen Morgen bis zum Abend des Sonnabends tagte, hat den ersten Schritt gebracht, daß der Wille zum Einheitsstaat, von einigen kleinen Schreibern abgesehen, heute noch das ganze Deutschland erfüllt, ja daß er in manchem noch stärker geworden ist als früher. Auch von den Vertretern des Bundesrats wurde als das Ideal deutscher Zukunft der Einheitsstaat betont, also die Verwirklichung jeder Sonderverhältnisse kleinste im größten Maße. Freilich verheißt sich auch keiner der Anwesenden, daß, so wie Rom nicht an einem Tage erbaut wurde, auch hier der Weg zur Vollendung ein langer und vielleicht nicht ganz unblutiger ist. Aber der Wille ist da, ist überaus bemerkenswerter stärker vorhanden als die breite Öffentlichkeit angenommen hat.

Dem Volksbeauftragten Bundesrat aus zugestimmt werden, wenn er daran erinnert, daß es ja auch in Italien Gegenstände gab und gibt, die vielfach noch größer seien als im Deutschen Reich, daß sie aber doch auch dort durch die Arbeitgemeinschaft von Nord und Süd sich gefunden haben. Besonders in Arbeiterkreisen habe nach der Revolution, wie Landsberg bekannte, die Meinung bestanden, daß der Weg zum Einheitsstaat nun endlich offen sei. „Daß uns in Deutschland angeschlossen!“ Das Wort wollen wir nie vergessen, um die Größe der Heimat oder deutschen Stimme zu tun ist, freilich, ein Mißton stürzte zu Beginn der Verhandlungen die schöne Melodie. Der Ministerpräsident Ciesler, der trotz seiner Berliner Geburt sich zum Abwanderer entwickelte hat, verfuhr in seinem Ansehen die Debatte über den grundlegenden Verhandlungsgegenstand, den Verfassungsentwurf des Staatsrechtes, Preuss, dadurch zu Falle zu bringen, daß er ein Rotzschub durchdrücken wollte, daß den Entwurf Preuss überflüssig machen sollte. Seine ihm vom Volksbeauftragten Geert beigebrachte unangenehme Überlegung war nicht ohne Erfolg, denn Ciesler, der im Namen der sächsischen Regierung und auch Sachsen zu sprechen erklärte, wurde prompt von sächsischer und mitteldänischer Seite losgerissen.

Somit das heute möglich ist, wurde dem Willen zum Einheitsstaat der Weg gebahnt durch die vom Volksbeauftragten Geert beigebrachte Resolution, die einstimmig angenommen wurde und auch deshalb von ganz besonderer Bedeutung ist, weil sie die bestehenden staatsrechtlichen Konflikte zwischen den Nationalparlamenten des Reiches und Preussens von vornherein verstreut. Vor allem wichtig ist bei der sächsischen Resolution auch noch die Genossenschaft der Einzelstaaten zu den Beratungen über den Verfassungsentwurf Preuss und zur Schaffung eines einheitlichen Gesetzwortes über die Reichsverfassung unter Benutzung des Reichstages. Damit ist die Basis für die Beratung der Grundgesetze ungenauer verbreitert und die Benennung auf die Schützen und der gesamten deutschen Einzelregierungen gelegt. Von dem guten Willen, der sich bei ihren Vertretern heute in der Theorie gezeigt hat, ist auch in der Praxis das Beste zu hoffen.

Die Lage im Reich.

Die preussischen Wahlen.
Aus Berlin wird gemeldet: Während bei den Nationalwahlen für Deutschland die Zahl der Abgeordneten von 397 auf 433 erhöht worden war, hat die preussische Regierung die Zahl in der nächsten preussischen Versammlung von 43 auf 401 zurückgeführt, nach dem Grundbede, daß auf je 100 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt. Die Wahlkreiseinteilung ist im wesentlichen die gleiche geblieben wie bei den deutschen Wahlen. Sie mühte nur dort einer Prüfung unterzogen werden, wo unüberprüfliche Bundesgebiete mit preussischen Gebieten zusammengefallen waren. So fällt im 12. Wahlkreis Preuss von dem 19. wurde entfernt. Am 15. tritt an die Stelle von Döberitz Stadt, das hier mit Hamburg und Bremen verbunden war. Der 16. Bezirk verliert Braunschweig. Am 17. sind die beiden Plätze fortgefallen, und auch sonst finden sich noch kleinere Korrekturen. Im allgemeinen aber ist daran festzuhalten,

Neueste Nachrichten.

Das bisherige Wahlergebnis aus 14 von 140 Wahlkreisen.

Berlin, 28. Jan. (Priv.-Telegr.) Bis nachts 12 Uhr lagen von den insgesamt 23 Wahlkreisen 14 Endergebnisse vor. Soweit sich bis jetzt überlegen läßt, hat die Deutsche Demokratische Partei wieder einen sehr großen Wahlerfolg erzielt, und man darf schon jetzt mit einiger Sicherheit annehmen, daß sie ziemlich in derselben Stärke wie in die Deutsche Nationalversammlung einzutreten wird. Nachfolgend geben wir eine Übersicht der bisherigen Wahlergebnisse: Demokraten 44, Mehrheitssozialisten 98, Unabhängige 21, Deutschnationale 21, Deutsche Volkspartei 11, Zentrum 49, Christlich-Sozialer Bauerndemokratie 1, macht zusammen 245.

Wahlergebnis im Bezirk Magdeburg.

Magdeburg, 28. Jan. Nach den vorläufigen Feststellungen im Wahlkreis Magdeburg dürften hier 4 Deutsche Demokraten, 1 Deutschnationaler und 7 Mehrheitssozialisten als gewählt zu betrachten sein. Die unabhängigen Sozialdemokraten (Käte Albrecht-Halle) fielen aus.

Vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung.

Berlin, 28. Jan. Der Eröffnung der Sitzung der Nationalversammlung in Weimar am 6. Februar werden bereits vom 4. Februar an vorbereitende Präzisionsarbeiten vorgehen. Die sozialdemokratische Wahlkreisaktion veranlaßt sich bereits am Dienstag zur konstituierenden Sitzung.

Aus einer Entschließung des Bürgerrates Groß-Berlin erfährt man, was der „Vorwärt“ hervorhebt, von der Erklärung Geerts, daß die Reichsregierung an Verlin als Reichshandhabung unbedingt festhält. Auf der gestrigen Sitzung des Bürgerrates in Weimar sollte, wie verschiedene Blätter berichten, ein Antrag von Schmidt her Seite und eventuell auch von Geert werden, die Einmündigkeit der Einzelstaaten zu belassen.

Ein provisorischer Präsident.

Berlin, 28. Jan. (Priv.-Telegr.) An der Spitze der provisorischen Reichsregulierung, deren Einsetzung durch den Beschluß des bundesparlamentarischen Ausschusses der Nationalversammlung vorgeschrieben worden soll, will wir hören, ein vorläufiger Reichspräsident stehen.

Das Regiment Reinhard als Schutz für die Nationalversammlung.

Berlin, 28. Jan. (Priv.-Telegr.) Was wir erfahren, ist dem Berliner freiwilligen Regiment Reinhard der Schutz der Nationalversammlung in Weimar übertragen worden. Drei Bataillone des Regiments werden in den nächsten Tagen nach Weimar verlegt und dort untergebracht. Die Truppe soll den dort befindlichen Behörden nicht als Polizeimacht angesehen werden, sondern lediglich der Regierung für etwa notwendig werdende Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Die Spartakisten in Wilmshäusern.

Berlin, 28. Jan. Wie das „B. T.“ aus Döberitz berichtet, war es gestern bis 11 Uhr nachts unruhlich, eine Verbindung mit Wilmshäusern zu erhalten. Man hofft aber, heute früh Funkverbindung mit Wilmshäusern aufnehmen zu können. Die Besetzung von Wilmshäusern durch die Kommunisten sei, wie das Blatt schreibt, als eine Art Nachhut der Spartakisten anzufassen, die sich auf dem legalen Wege der Wahl nicht in den Besitz der Macht zu setzen vermöchten.

Zusammenstoß von Schülern und Soldaten.

Bremen, 28. Jan. (Priv.-Telegr.) Unter den Schülern der hiesigen Lehranstalt herrschte gestern Zirkelstimmung. Es gelang den Lehrern zwar trotz der Anwesenheit der Militärkommission. Nach Schluß des Tages aber mehrere hundert Schüler und Schülerinnen mit zwei leuchtend-roten Fahnen zum Markte, wo Anreden gehalten wurden. Die Sicherheitswache ließ sich zum Einschreiten bewegen. Demonstrationen zerrissen die Fahnen mit der Reichsflagge und zwischen Soldaten einerseits und Schülern andererseits entstand eine ziemlich heftige Prügelei. Es wurden etwa 20 Verhaftungen vorgenommen, von denen nur eine aufrecht erhalten wurde. Die Schüler erklärten, daß es sich um eine Spontandemonstration für den früheren Kaiser als Person, nicht als Monarchen handelte.

(Neueste Nachrichten siehe auch Beilage.)

daß die Zahl der Mandate in jedem Bezirk um die Hälfte vermehrt worden ist, so daß beispielsweise Berlin 14 Mandate für die Nationalversammlung wählte, während es für Preußen 21 zu neuen hat. Das Ergebnis wird sich vielleicht etwas früher zusammenstellen lassen, als bei den Reichswahlen, einmal, weil sich der Apparat besser eingeleitet hat, dann aber auch, weil nach allem bisher vorliegenden Nachrichten die Wahlergebnisse in manchen Bezirken geringer gewesen ist, und zwar haben darunter die Mehrheitssozialisten am meisten zu leiden gehabt. In Berlin in einzelnen Bezirken 1000 Stimmen und mehr. Vor der Hand aber sind das alles noch Teilergebnisse, aus denen sich nicht ersehen läßt, ob diese Verteilung der Stimmenzahlen auch Einfluß auf die Verteilung der Mandate ausüben wird.

Verständigungen des Ausmaßes im Ruhrgebiet.

Der Ausbruch der Bergarbeiter im Ruhrgebiet (dem wieder anzuführen), auf der Seite „Vereinigte Schacht-Charlottenburg“ trat die Notwendigkeit wegen geringfügiger Differenzen in den Verhandlungen. Auf der Seite „Luisenpark“ des Bochumer Vereins legten 1200 Arbeiter vor der Freilassung die Arbeit wieder als Ausübung gegen die Leitung Liebfeldts und der Frau Lutzburg. Auf der Seite „de Wandel“ ist die Wörzengicht ebenfalls nicht eingeleitet.

Gegen die Arbeitslosigkeit.

Die öffentlichen „B. T.“ schreiben: Die unvollständigen wirtschaftlichen Aufstände haben im Rahmen der Grundgesetzten lassen, radikal zu greifen und Maßnahmen ins Werk zu setzen, die der moralischen und physischen Gesundheit der Bevölkerung im Interesse der Arbeiterschaft zu tun geeignet sind. Diese weiteren Maßnahmen, die der Arbeiterschaft zu tun sind, werden in der nächsten Woche, besonders das gemeinsame Problem der Arbeitslosigkeit, sein muß. Bedenkt man, daß allein in der Landwirtschaft die Zahl der fehlenden Arbeitskräfte auf annähernd 600 000 Personen geschätzt werden kann und schon jetzt die Frühjahrsbestellung unter solchen Verhältnissen als ernstlich gefährdet gelten muß, so wird man verstehen, daß die Lebensmittellieferanten in Deutschland durch die Grundbesitzer ausgereicht durch die höchstgelegene Ausfuhr von Stroh, Heu und Futtermitteln begrenzt ist, so kann kein Zweifel sein, daß sich gegen die erziehende anwachsende Arbeitslosigkeit im Maße von selbst Anordnungen aufdrängen, von denen die besten der Öffentlichkeit vor dem 15. Januar 1919, nach welcher den Kommunisten der Arbeit in allen Fällen um Arbeitsaufnahme ungenügend präventiert wird, die Grundbesitzerunterstützung zu entscheiden, vielleicht nur den ersten Schritt bedeutet. Sollte dieser „erste Schritt“ nicht hinreichen, so wird man voraussichtlich vor härteren Maßnahmen nicht zurücktreten. Schon jetzt kann gesagt werden, daß Grundbesitzer in diesem Sinne im Gange sind.

450 000 Tonnen Förderausfall im Ruhrgebiet.

Nach einer Aufstellung über den vom 2. Dezember 1918 bis zum 2. Januar 1919 wurde auf insgesamt 111 Schachtanlagen des Ruhrfeldes getreift, und zwar in 600 000 Schichten. Das bedeutet einen Förderausfall von 450 000 Tonnen.

Sämtliche Arbeiter der Drahtabteilung der Gesellschaft „Rhein“ in Bochum sind in den Zustand getreten, so daß der Betrieb ruht.

Ein Kaffeebeleg gegen Abel.

Wie die „B. T.“ aus auserwählter Quelle hört, befindet sich Abel, der Leiter der kommunistischen Propaganda, noch immer in Berlin. Gegen ihn gegen die Einwirkung ist ein Kaffeebeleg erlassen worden.

„Daily Mail“ meldet aus Petersburg indirekt: Im Sowjet machte der Volkskommissar für Petersburg bekannt, daß zwischen der Sowjet-Regierung und den Spartakisten-Anhängern in Deutschland ein förmliches Friedensabkommen abgeschlossen wurde. Unter Abel werden noch immer einige Tausend Sowjetvertreter auf deutschem Boden, wo der Kampf um die Sowjets halb in sein zweites Stadium treten werde.

Forderungen der baltischen Eisenbahnen.

Eine von 2500 Beamten aus ganz Baku bestehende Eisenbahnerversammlung in Marmasch verlangte in einer Entschließung von der Regierung eine weitere Erhöhung der Besoldung von 500 Mark und stellte der Regierung eine Frist bis zum 31. Januar. Im Falle der Nichtbefriedigung sollte die Forderung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchgesetzt werden. Eine zweite Entschließung sprach sich für die Schaffung von Reichseisenbahnen aus.

Kosten über die Kommandogewalt.

Der Soldatenrat der Großherzoglichen Truppenstele vor am Monarchenamt zu einer Vollziehung in preussischen Abgeordnetenversammlung zusammengetreten, um sich über die Verwendung wegen der Kommandogewalt und die Ausgaben der Soldatenrat auszusprechen. Die neue Besoldung wurde von verschiedenen Seiten schon angedeutet und schließlich von dem Volksbeauftragten Koste vom Reichstag, Er führte aus:

Die Verwendung ist allerdings etwas lang geraten und nach keiner Seite hin voll befriedigend. Sie stellt daher

auch nur ein Provisorium dar, wie denn überhaupt in dieser Zeit die einen politischer und wirtschaftlicher Umgestaltung bedürftig, auf vielen Gebieten nur provisorische Lösungen getroffen werden können. Ganz sind die zukunftsweisenden Träger der Revolution, aber die große Masse unseres Volkes und auch viele Soldaten sind sich vollkommen darüber klar, daß das System der Sozialisten, wie es in den ersten Revolutionsjahren geschaffen worden ist, nicht eine dauerhafte Grundlage bilden kann. Die Sozialisten sollen und dürfen nicht ganz verschwinden, sie dürfen aber nicht ohne denn noch eine politische Macht ausüben, wenn erst die Nationalversammlung eine verfassungsmäßige Regierung eingesetzt hat. Was in Russland erfolgreich war, auch in Deutschland zum völligen Zusammenbruch führen. Wer das bestreitet, verkennt die wirtschaftlichen Verhältnisse zum richtigen Verständnis. Die Nationalversammlung, die die Regierung schaffen soll, ist nach dem besten freieren Wahlrecht gewählt worden (durch „Unser Wahlmengenbeschränkung“). Die Wahlmengenbeschränkung haben keinen einzigen Menschen beunruhigt, gegen seine Abänderung zu stimmen. Wenn jemals etwas in dieser Hinsicht werden sollte, müßte sich diese militärischen Organisationen wehren müssen. Wozu und warum? Das ist etwas Sozialdemokraten nicht würdig! Auch weniger eines Sozialdemokraten würdig aber ist es, den freien Willen der Mehrheit des Volkes nicht anerkennen. Wer nicht erkennt, daß der Willen der Mehrheit zu respektieren, der hat kein Recht, sich Sozialdemokrat zu nennen. Es ist falsch, anzunehmen, daß die Vernehmung der Soldatenräte abzuwehren will — heißt es doch in den Bestimmungen ausdrücklich, daß auf eingehende Zusammenkünfte mit den Soldatenräten zu achten ist. Bei den Wahlen im Sommer 1919 hat sich eine rechte Scheidung ergeben. Viele glauben, daß Abschaffung der alten Verfassungen auch das alte System beseitigt zu haben. Wir wissen nicht, welche Armeen Deutschland nach dem Frieden haben wird (zumal durch), aber ein so großes Gemeinwesen muß eine gewisse organisierte Macht besitzen, und diejenige, die dabei die Führung haben, müssen eine irgendeine Weise getrennter Politik, Schicksal der die Symbol der alten Macht ab, so müssen wieder neue dafür eingesetzt werden. Es geht nicht an, daß man alle die Offiziere, die sich um zur Verfügung gestellt haben, als abholte Karte hinstellt. Sie arbeiten heute ganz in unserem Sinne und haben

nicht den geringsten Wunsch nach einer Gegenrevolution. In einer Anzahl von Fällen steht aber fest, daß die Sozialdemokratie nicht geringes Maß von Autorität bei den Truppen besitzen, und oft haben sie diese Autorität können einer halben Stunde verlieren, weil sie ihren Unterstellten nicht die Schmachtsprache fallen lassen wollen. Deshalb muß über den Soldatenrat als Kontrolle immer die Regierung stehen. Es gibt in Deutschland nur eine Gefahr der Gegenrevolution, und die besteht in dem

unorganisierten Durcheinander der letzten Wochen, das wenn es nur noch einen Monat hindurch andauert, was zu chaotischen Zuständen, zu Hunger und Not führen würde. (Hintergrund: Das kommt so wie so!) Also Sie wollen die Herrschaft einfach lassen lassen? Nein, das darf nicht geschehen. Wir müssen und werden alles tun, um eine bestimmte Ordnung herbeizuführen. Dazu bedarf es natürlich vor allem eines blühenden Friedens, und dazu wieder bedarf es vor allem einer gestützten Regierung. Noch vor acht Tagen hat ein Vertreter des Willens erklärt, die Regierung sei nicht als verhandlungsfähig anzusehen, weil sie keine Macht hinter sich habe und ein Einfluß höchstens geringer Reichweite genosse. Die Regierung wird alles daran setzen, um zu verhindern, daß wir durch ein wirtschaftliches Chaos zu einer durch den Mangel an Lebensmitteln hervorgerufenen Gesundheitsperiode kommen, gegen die der Krieg jetzt zurückfällt. Es wird der Regierung auch gelingen, dieser Not Herr zu werden.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Berliner Kabinettsitzung über Vorbereitungen zur Friedenskonferenz.

Das deutsche Kabinet trat Montag vormittag zusammen, um über die technischen Vorbereitungen zur Friedenskonferenz zu beraten. Man beschloß, daß die Fäden dieser Materie nicht bei der Reichsregierung, sondern bei dem auswärtigen Amt zusammenlaufen sollen. Aber die Personalfrage ist bis jetzt noch nichts Bestimmtes entschieden.

Die Beratung der deutschen Delegierten nach Paris.

General Maurice meldet als Vertreter der „Daily News“ auf der Friedenskonferenz, daß es offensichtlich möglich sein werde, die Vertreter der Weltmächte Ende März oder Anfang April nach Paris zu berufen, vorausgesetzt, daß Deutschland bis dahin eine regelrechte Delegation habe, deren Vertretungen bindend für das deutsche Volk seien. Die Zeitung begrüßt begeistert den Entschluß Englands, die Entscheidung aller Fragen bezüglich Mesopotamien, Palästina und der deutschen Kolonien dem Völkerbund zu überlassen. Es müßte durchaus wertigere Folgen haben, wenn ein so wichtiger Nation wie England auf die Vertrete der militärischen Regelung dieser wertvollen Besitzte verzichte. England erlaube den Völkerbund als höchste Instanz in allen Gebietsfragen an, was zweifellos die Bedeutung des Völkerbundes vermehren und hervorheben werde.

Vision über die Frage des linken Rheinrivers. „Colland's Bureau“ meldet aus Paris: Der Minister des auswärtigen Visions erklärte Journalisten, daß die verschiedenen Nachrichten über die Haltung Frankreich zur Frage des linksrheinischen Ufers vorläufig nicht ganz richtig seien. Auf die Bemerkung, daß Marcial noch sich für sich gleichfalls über die Frage ausgesprochen habe, meinte Visions, der Marcial habe diese Frage als Privatbesprechung berührt, denn sie sei im Rate noch nicht erörtern worden. Ober sollten die Bundesgenossen Frankreichs diesen Staatsmänner schon einen deutschen Sinn erteilt haben? Die Verantwortlichkeit der Franzosen ist ja sowohl den Amerikanern wie den Engländern schon lange auf die Nerven gefallen.

Der Völkerbundsplan.

Aus Paris wird gemeldet, daß die vertraulichen Beratungen über den Völkerbund zu einer Einigung auf mittlerer Welt sich geführt haben, nachdem die hiesige Annahme der amerikanischen Programme an dem Völkerbund der alliierten Vertreter geteilt ist. Die wesentliche Bestimmung, auf die sich alle anwesenden Delegierten geeinigt haben, besteht in dem Beschluß, daß keine Macht eine überlegene Stellung einnehmen darf und der künftige Völkerbund ein eigenes Meer und keine eigene Flotte haben darf, sondern daß die militärischen Maßnahmen der einzelnen Mächte als ganzes zu betrachten seien, wenn die Anwendung von Gewalt gegen irgend einen Staat erforderlich wird. In den meisten übrigen Punkten erklärte die Konferenz mit den Vorschlägen Willens einverstanden, mit der Einschränkung, daß die englische Flotte durch die Bestimmungen des Völkerbundes keine Schwächung erleiden dürfe. Dieses Einverständnis wurde notwendig, weil die englischen Delegierten an ihrem Standpunkt beharren, daß Großbritannien unter keinen Umständen seine Vornachstellung zur See internationalen Vereinbarungen zu Liebe aufgeben werde.

Der „New York Sun“ zufolge habe Lord George auseinandergesetzt, daß die britische Flotte nicht vermindert werden könne, und Clemens, daß Frankreich ein Meer haben müsse, das als „international“ sei. Willens' Absehen in dieser Hinsicht haben als die glänzendsten Ausblicke.

Achtung des U-Boots als Kriegsmittel.

Die „New York World“ meldet aus Paris, daß der amerikanische Entwurf über den Völkerbund das Unterseeboot als Kriegsmittel vollkommen verwirft und von allen Ländern, die den Völkerbundsvertrag unterzeichnen, fordert, daß sie alle Waffen dieser Art vernichten, keine neuen bauen und auch das Studium des U-Boots aufgeben. Auf diese Weise soll die Kunst, U-Boote zu bauen, verloren gehen und die Welt von der als „Seezucht“ betrachteten Waffe befreit werden. Nach einer weiteren Meldung der „New York World“ haben die Engländer und Amerikaner eine große Abneigung gegen die Ansprüche der französischen Militärs auf den Besitz linken Rheinrivers und gegen die italienischen Forderungen bezüglich der östlichen Adriastifte.

Majestätsbrüche französische Forderungen.

Wie „Sabas“ berichtet, wird der Bericht Combes am Donnerstag in der französischen Kammer und im Senat namens der mit dem Studium der wirtschaftlichen Organisation nach dem Kriege betrauten Kommission zur Verfügung gelangen. Die Kommission verlangt das Saar-Rheinland geteilt zu werden, als Teil Elsass-Lotharingens betrachtet, die Schifffahrt auf dem Rhein freigegeben und der Hafen von Straßburg erweitert werden. Die Schadenersatzung müsse vollständig sein. Als Schadenersatz müßten Majestätsbrüche geliefert werden.

Wie der „Times“ mitteilt, stellte die vereintete sozialistisch-katholische Kammergruppe in der Kammerberatung am Sonntag folgende Forderungen in ihrer Tagesordnung: Stillschließung Deutschlands, das nach dem Kriege von keinem mehr etwas zu befürchten braucht, als weder immer aber auch nicht nach dem Kriege, sondern vor dem Kriege, notwendig hat, um im Innern die Ordnung aufrechterhalten zu können. Die Entlassung hätte auch die glückliche Nachwirkung auf die Nachbarstaaten. Die Schulden, die sich Verbunden gegen die Hoeger Konvention haben zu schulden kommen lassen, sind abzurufen und zu bestrafen. Es ist für die Geschichte notwendig, die Källe der „Grobhändler“, Leipzig, Weidmann, Gollig und 600 andere, deren Verbrechen man kennt, abgeurteilt und bestraft werden.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen. Die deutsche Waffenstillstandskommission in Spa übermittelte in der Sitzung am 22. Januar der Entente eine Note, in der erneut auf endgültige Entscheidung über das Schicksal der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in den alliierten Ländern gedrungen wird. Die Franzosen hätten in der Unterkommission für Kriegsgefangene den deutschen Vorschlag, zur Vorbereitung des Wiedervertrages der deutschen Kriegsgefangenen anzuhalten, mit dem Bemerkung abgelehnt, daß sich 200 000 deutsche Gefangene auf dem Wege nach den zerstörten Gebieten befinden, um dort zum Wiederaufbau verwendet zu werden. Eine Anstellung von Arbeit würde daher unmöglich sein. In diesen Verstand aufzufassen, erwiderte die deutsche Note den französischen Vorschlag um Verhängung dieser Erklärung. Die Note stellt ferner fest, daß nach dem Rücktransport der alliierten Kriegsgefangenen aus Deutschland kein Grund mehr vorliege, den Rücktransport der schwerverletzten und kranken deutschen Gefangenen zu verhindern. General Mudandi ver sprach, die Hauptpunkte der Note sofort dem Oberkommando der Alliierten zur Kenntnis zu geben und sofort unterrichtliche Mitteilung über die Stellungnahme der alliierten Delegationen zu dieser Frage zu tun. Für die frank und schwerverletzten Gefangenen werde er eine günstige Lösung erwirken. Hinsichtlich der allgemeinen Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen habe er es jedoch für besser, in Deutschland beizubehalten, daß diese Frage wohl kaum vor dem Völkerbundsverband kommen könne.

Im weiteren Verlauf der Sitzung machte der englische Vertreter die Mitteilung, daß General v. Lettow Vorbedacht sich noch in Dorchester befindet, seine Abreise nach Europa jedoch beabsichtigt. Augenblicklich bemüht sich die Waffenstillstandskommission bei der Entente um die Erlaubnis, über Amerika und Japan mit den dortigen Völkerbundsmitgliedern in Verbindung zu treten. Die Antwort der Entente steht noch aus.

Ein kühnlich falsches Spiel.

Scheint bei der Internierung des Feldmarschalls Ungarischen Graf Karolyi, der heutige Präsident Madarens, damals noch Ministerpräsident, getrieben zu haben. Wie nämlich der „Frankfurter Zig.“ von besonderer Seite in Budapest mitteilt, sei die strenge Internierung Madarens auf Betreiben des Grafen Karolyi und des ungarischen Kriegsministers erfolgt. Es wurde angeblich in maßgebenden ungarischen Kreisen bestritten, daß bei der großen Popularität des Feld-

marshalls eine Bewegung gegenrevolutionärer Natur entstehen könnte, die sich des Feldmarschalls bedienen könnte (?). Diese Befürchtung veranlaßte den Grafen Karolyi, bei den Franzosen darauf zu dringen, Madarens unabhängig zu machen. Um diese Angelegenheit in ihrer ganzen Widerständigkeit zu fassen, sei hier noch daran erinnert, daß der Graf Karolyi im Anfang die Vorzüge zu hat besitzen lassen, als sei er durch die Fortdauer des französischen Oberkommandos zur Internierung Madarens überführt und gezwungen worden, den Ritter Ungarisch nach Budapest zu rufen und dort verhaften zu lassen. Die französischen Offiziere, die in Kenntnis dieser Vorgänge Madarens internieren mußten, ließen ihn gegenüber seinen Anwälten über ihr Urteil gegenüber einer so fähigen Familienmitgliede.

Der Kampf gegen die russischen Bolschewisten.

Wie nach der Überzeugung des Volkes von den bolschewistischen Truppen immerhin ein gewisses Maß an Freiheit haben diese in den von ihnen besetzten Gebieten trotz der kurzen Zeit ihrer Herrschaft gewöhnlich bestialisch gewüthet. In einem Ostfrontort haben die russischen freiwilligen Truppen die über die Wunden vorgeschritten, an fast zwei überlegenen bolschewistischen Truppen über den Fluß zurückgetrieben. Die Bolschewisten hatten erstlich beträchtliche Verluste und ließen viel Material in den Händen der deutschen Truppen, deren Verluste gering sind.

Der Pressebericht der deutschen Gesandtschaft bei den Regierungen Estlands und Livlands teilt auf viele an die Gesandtschaft gerichtete Anfragen mit: Die bolschewistische Freiwilliche, die für das Baltikum angeworben worden sollen, keine Bolschewisten, sondern eine Kampfgruppe bilden, von deren Offenlegung es abhängt, die Sowjettruppen zurückzuführen und ihre Absicht eines Einmarsches in Deutschland zu verhindern.

Bombardier ukrainischer Truppen bombardieren. Das deutsche Propagandabüro meldet: Ukrainische Truppen bombardieren mit großer Heftigkeit die Stadt Lemberg. Eine große Anzahl Personen wurde durch Granaten getötet und viele Häuser beschädigt. Es sind mehrere Wunden durch Artilleriefeuer erbeutet. Der britische Chef der englischen Militärmission, Oberst Adams, verleiht Lemberg und führte nach Krakau ab.

Politische Übersicht.

Eine wiedererstandene Monarchie.

Wenn die Mächte von Portugal richtig sind, hat dort zum Abbruch des Westkriegs die Monarchie ihre Wiedererrichtung gefunden. Das ist zwar kein wesentliche, das portugiesische Republik schon nach achtjährigen Weihen wieder bereitgestellt worden ist. Man muß allerdings zugeben, daß die Errichtung der Republik Portugal keine unersetzliche des portugiesischen Volkes war und daß die selbstthätigen Revolutionäre der republikanischen Führer, die den republikanischen Staatserhaltung nach erträglich verhalten hätten. Jede Regierung in Portugal wurde nach kurzem Bestande gestürzt, und es ist erst wenige Wochen her, daß der Präsident der Republik ermordet wurde. König Manuel, aus dem Hause Braganza, der am 5. Oktober 1910 nach Portugal verbannt wurde, ist der Sohn des am 1. Februar 1908 ermordeten Königs Carlos I. König Manuel schloß sich nach seiner Vertreibung nach England und wurde dort, aus bei seinen Bemühungen, die Monarchie in Portugal wieder aufzurichten, eifrig unterstützt. Die portugiesischen Engländer glauben jedenfalls, daß eine monarchische Epoche Portugal eine ruhige Entwicklung ermöglicht hätte, als es unter den republikanischen Regierungen der Fall war. Geordnete Verhältnisse in Portugal sind aber für England sehr wertvoll, da Portugal vollständig in der Schuldlosigkeit Englands liegt, dessen Zinsen natürlich gestiegen sind, wenn das Land in seiner ursprünglichen Gestalt geblieben ist. König Manuel, dessen Lebenswandel während seiner Königsgefangenschaft nicht genug bewundern kann, hat sich im Januar mit Königin Maria, Prinzessin von Savoyen, verheiratet. Die Königin ist 28 Jahre alt, der König selbst nur ein Jahr älter.

König Manuel in Portugal.

Es wird aus Lissabon berichtet, daß der frühere König Manuel nach Überwindung des Wimbostages 6 Uhr morgens in Portugal eingetroffen ist.

Provinz und Umgebung.

Ein Pressestand in Leipzig.

Leipzig, 27. Jan. Nachdem die „Leipziger Revue“ Nachrichten während der ersten Revolutionsjahre in Leipzig veröffentlicht und bereit erklärt hatten, eine sozialdemokratische Redaktion für eine besondere Zeitung anzustellen, eine Angelegenheit, die dem Blatte in Leipzig außerordentlich viel Sympathien verdient hatte, ist jetzt die „Leipziger Zeitung“, ehemals „Abendzeitung“, durch eine für das Bürgerthum noch andererseits wünschenswerte Änderung der Verleger des „Leipziger Zeitung“, Gerhard Kraus, der nach dem Tode des Leipziger Zeitungverlegers verstorben ist, hat auf seinen Nachbarn Abnehmer des „Sparatums“ umgeben gegen Veränderung hergestellt und sich ferner die ungarische Hilfe gegeben, das Weitererhalten der „Neuen Zeitung“, dessen Herstellung in Berlin unmöglich geworden war, in Leipzig zu ermöglichen. Der Verkauf der „Neuen Zeitung“ in Leipzig ist jetzt ebenfalls merklich vermehrt worden (politische Arbeiter hatte Herr Kraus nach der unüberleglichen Umkehr eines Teilnehmers an den Verhandlungen nicht), bemalte sich Herr Kraus, verschiedene andere Druckerinnen dazu zu gewinnen, klüßelweise ohne Erfolg. Aber der Fall, daß der Verleger der demokratischen Zeitung Leipzig, sich für das Fortbestehen des „Leipziger Zeitung“ in Leipzig einsetzt, ist doch ein sehr wertvoller. Die Entzweiung in der Bevölkerung Leipzigs, das bis jetzt zum Glück von den Segnungen des Sparatums nur wenig zu verspüren hatte, ist allgemain.

Verantwortlicher Redakteur Franz Köhner in Merseburg. Druck und Verlag von Th. Köhner in Merseburg.

Bekanntmachung.

Bei dem Demobilisierungsamt laufen fortgesetzt Anfragen ein, bezüglich Auskunft über Beschäftigung von Arbeitsaufträgen. Es wird deshalb bekannt gemacht, daß sich die Interessenten hierüber abzuwenden haben an den

- 1. Fachauschuß für die Eisen- und Stahlindustrie.**
Geschäftsstelle: 11. Kreisverein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Berlin W., Linstr. 25, Tel. Lühov 6008. Geschäftsführer: Dr. Heipert.
- 2. Fachauschuß für den Maschinenbau.**
Vorherr: Geheimrat C. von Borstel, Tegel.
Geschäftsstelle beim Verein deutscher Maschinenbauanstalten, Charlottenburg 2, Schillerstr. 101 II, Tel. Steinplatz 6330.
Geschäftsführer: Dipl.-Ing. S. Kirchner.
- 3. Fachauschuß für Koffmohndruck.**
Vorherr: Geheimrat C. von Borstel, Tegel.
Geschäftsstelle bei der Firma A. Borstel, Berlin-Tegel, Berlinerstraße 19/37, Tel. Tegel 250.
Geschäftsführer: Dipl.-Ing. Sogemann.
- 4. Fachauschuß für Feinmechanik.**
Vorherr: Direktor Friedrich Sabn, in Fa. C. P. Goeb, W. G. Berlin-Friedenau, Heipertstr. 45/46.
Geschäftsstelle: Wirtschaftliche Vereinigung der Deutschen Gesellschaft für Mechanik und Optik, Berlin NW 7, Dorowstr. 53, Tel. Centrum 12 631.
Geschäftsführer: Dr. Reich.
- 5. Fachauschuß für Elektrotechnik.**
Vorherr: Direktor Heinrich, in Fa. Siemens-Schudert, Berlin W. 15, Kurfürstendamm 179.
Geschäftsstelle beim Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie, Berlin W. 8, Corneliustr. 3.
- 6. Fachauschuß für die Fahrzeugindustrie.**
Vorherr: Geheimrat Konrad Schrey.
Geschäftsstelle: Verband Deutscher Waggonfabriken G. m. b. H., Charlottenburg 2, Weidenerstr. 20 I, Tel. Steinplatz 14 965.
a) **Unter-auschuß für Schienenfahrzeuge.**
Vorherr: Geheimrat Konrad Schrey.
Geschäftsstelle: Verband Deutscher Waggonfabriken G. m. b. H., Charlottenburg 2, Weidenerstr. 20 I, Tel. Steinplatz 14 965.
b) **Unter-auschuß für Straßenfahrzeuge mit motorischem Antrieb.**
Vorherr: Direktor C. Sperling.
Geschäftsstelle: Verein Deutscher Motorfahrzeugindustrieller, Berlin W. 8, Unter den Linden 12/13, Tel. Centrum 7905 und 7937.
c) **Unter-auschuß für Straßenfahrzeuge ohne motorischen Antrieb.**
Vorherr: Generalrat Kurt Sachsthal.
Geschäftsstelle: Vereinigung Deutscher Wagen- und Karosseriefabriken, Berlin-Nieterlitz, Schillerstr. 22, Tel. Amt Nieterlitz 426.
d) **Unter-auschuß für Fahrräder und Laternen.**
Vorherr: Dr. Timpel, Brandenburg (Savel), Mittelstr. 13.
Geschäftsstelle: Verein Deutscher Fahrradindustrieller e. V., Brandenburg, Mittelstr. 13, Tel. Amt Brandenburg 173.
e) **Unter-auschuß für die Flugzeugindustrie.**
Vorherr: Direktor Kähler, Berlin W.
Geschäftsstelle: Verband Deutscher Flugzeugindustrieller G. m. b. H., Berlin W., Schönberger Ufer 40, Tel. Lühov 710.
- 7. Fachauschuß für die Metallwarenindustrie.**
Geschäftsstelle: Verband der Metallwarenfabriken, Berlin W. 8, Bauenerstr. 25, Tel. Rosenbergr. 3570 und 3571.
Geschäftsführer: Dr. Kramer.
- 8. Fachauschuß für Schiffebau.**
Vorläufiger Vorherr: Dr. Blohm, in Fa. Blohm & Voß, Hamburg.
Geschäftsstelle: Kriegs-auschuß der Deutschen Werften, Hamburg 11, Dönningstr. 171.
- 9. Fachauschuß für Rüstungen und Eisenkonstruktion.**
Vorherr: Dr.-Ing. Schildmann.
Geschäftsstelle: Dr.-Ing. Schildmann, Deutscher Eisenbauverband, Berlin W. 9, Linstr. 16, Tel. Lühov 8231.
- 10. Fachauschuß für Kleinmetalle.**
Vorläufiger Vorherr: Dr. Moebius, Berlin W. 8, Linstr. 25.
Berlin W. 9, Linstr. 16, Tel. Lühov 8231.

- 11. Fachauschuß für die Chemische Industrie.**
Geschäftsführender Ausschuß:
1. Dr. Kornep, Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie.
2. Huns, Verband der Fabrikarbeiter, Sekt. Chemie.
Geschäftsstelle: Berlin, Friedrichstr. 100, Tel. Centrum 6900 (Geb. Nat. Gabel).
- 12. Fachauschuß für das Transportwesen.**
Geschäftsführender Ausschuß:
1. Generaldirektor Pflaum, Große Berliner Straßenbahn A.-G., Berlin W. 9, Leipziger Platz 14.
2. Döring, Deutscher Transportarbeiterverband.
Geschäftsstelle: Leipziger Platz 14, Tel. Centrum 10 611.
- 13. Fachauschuß für die Zigarrenindustrie.**
Geschäftsführender Ausschuß:
1. Heinrich Hofmann, Berlin C., Am Kölnischen Park 21 V.
2. Dr. Serle, Berlin W. 35, Kurfürstenstr. 137 II.
Geschäftsstelle: Berlin W. 35, Kurfürstenstr. 137 II, Tel. Kurf. 6707.
- 14. Fachauschuß für die Kalligraphie.**
Geschäftsstelle: Verein Deutscher Kalligraphen, Berlin, Anhalterstraße 7 III, Tel. Lühov 1820.
Geschäftsführer: Verlagschef Karan.
- 15. Fachauschuß für die Gummiindustrie.**
Geschäftsführender Ausschuß:
1. Lindemann, Verband Deutscher Kautschukfabriken, Berlin, Neue Friedrichstraße 32.
2. Sachs, Fabrikarbeiterverband, Berlin.
Geschäftsstelle: Neue Friedrichstraße 32, Tel. Centrum 1894.
- 16. Fachauschuß für das gesamte Papierfach.**
Geschäftsführender Ausschuß:
1. Alexander Hühns, Berlin SW 68, Alexandrienstr. 110.
2. Paul Ebrander, Gutenberg-Verband, Berlin, Kaiser-Franz-Graben 14.
Geschäftsstelle: Reichskommission zur Sicherstellung des Papierbedarfes, Berlin SW 68, Alexandrienstr. 110, Tel. Moritzplatz 1768.
- 17. Fachauschuß für die Textilindustrie.**
 - a) Unter-auschuß für Baumwolle.**
Vorherr: Dr. W. Schmeind, Baden-Baden, Hotel zum Siech.
Geschäftsstelle: Reichswirtschaftsstelle für Baumwolle, Berlin, Krausenstr. 17/18, Tel. Centrum 1693.
 - b) Unter-auschuß für Wolle.**
Vorherr: Kommerzienrat Franz Wollis, Fort Luitp.
Geschäftsstelle: Reichswirtschaftsstelle für Wolle, Berlin, Mohrenstraße 10, Tel. Centrum 7400.
 - c) Unter-auschuß für Seide.**
Vorherr: Hbr. Frowen, Göttingen.
Geschäftsstelle: Reichswirtschaftsstelle für Seide, Berlin, Victoria-Luisenpark 8, Tel. Kurf. 6016.
 - d) Unter-auschuß für Kunstspinnstoffe und Stoffabfälle.**
Geschäftsstelle: Reichswirtschaftsstelle für Kunstspinnstoffe und Stoffabfälle, Berlin SW 19, Leipzigerstr. 76, Tel. Centrum 6883.
 - e) Unter-auschuß für Flachs.**
Vorherr: Fabrikant Georg Müller, Berlin SW 19, Krausenstraße 25/28, Tel. Centrum 11 000.
 - f) Unter-auschuß für Hanf.**
Geschäftsstelle: Reichswirtschaftsstelle für Hanf, Berlin, Hebe-
mannstraße 6, Tel. Lühov 2835.
 - g) Unter-auschuß für Jute.**
Geschäftsstelle: Reichswirtschaftsstelle für Jute, Berlin, Unter den Linden 34, Tel. Centrum 1423/6.
 - h) Unter-auschuß für Hartpapier.**
Geschäftsstelle: Reichswirtschaftsstelle für Hartpapier, Berlin, Hebe-
mannstraße 6, Tel. Lühov 909.
 - i) Unter-auschuß für Erbspinnstoffe.**
Geschäftsstelle: Reichswirtschaftsstelle für Erbspinnstoffe, Berlin, Unter den Linden 34, Tel. Centrum 1423/6.
 - k) Unter-auschuß für Kunstleide und Stapelfaser.**
Geschäftsstelle: Unter-auschuß für Kunstleide und Stapelfaser, Berlin, Bubenerstraße 6, Tel. Lühov 6392.

Der Demobilisierungs-auschuß für den Kreis Merseburg.
Der Vorsitzende.
J. V. von Neubaus.

Bekanntmachung.

Vetr. Allgemeine Umfassung.
Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 18. Dec. 1918 ab Nr. V. 6001/18, in dieser Zeitung, werden alle diejenigen Steuererhebenden, selbständigen Handwerker, Landwirte usw., welche nach dem Umfassungsgesetz vom 26. Juli 1918 (R. G. Bl. S. 779) wegen ihrer Leistungen (einmal der Umerzugsung) in den Kreis der steuerpflichtigen Personen einbezogen sind, hiermit nochmals an Abgabe der Umfassungserklärung bis zum 31. Januar 1919 ermahnt.
Nach Ablauf dieser Frist muß Festsetzung des nach § 17 Abs. 5 des Gesetzes vorgezeichneten Aufschlags von 10 v. S., der einseitig festgesetzten Steuer erfolgen.
Sowohl den oben genannten Personen ein Vordruck zur Umfassungserklärung II bis jetzt nicht zugestellt ist, können diese Vordrucke in unserem Steueramt: Rathaus Zimmer Nr. 19 unter gleichzeitiger Anlegung des Betriebes zur Umfassung, abgeholt werden. Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der vereinnahmten Entgelte auch dann verpflichtet, wenn ihnen Vordrucke aus einer Erklärung nicht zugegangen sind.
V. 6003/18.

Merseburg, den 22. Jan. 1919.
Umfassungsausschuß (Magistrat)
Merseburg.

Rohstoffe u. Kleinwarenverkauf

findet am 29. Januar 1919,

bei Hoffmann, Seifli Nr. 6,
oorm. 9-10 Uhr Nr. 1601-1100
10-11 1101-1200
nachm. v. 2-3 Uhr Nr. 1201-1300
3-4 1301-1400
4-5 1401-1500

bei Wöhns, Teiler Keller 1,
oorm. 9-10 Uhr Nr. 1601-1600
10-11 1601-1700
nachm. v. 2-3 Uhr Nr. 1701-1800
3-4 1801-1900
4-5 1901-2000

bei Raundorf, Oberbreitestr. 4,
nachm. v. 1-2 2001-2100
2-3 2101-2200
3 2201-2300
4-5 2301-2400
5-6 2401-2500

Haft. Ein Einbruch auf eine bestimmte Art von Fleisch oder Fleischwaren besteht nicht L A 1 107/19
Merseburg, den 28. Januar 1919
Das Kaiserliche Besondereamt

Freiwillige und Nachzahlung.

Sonnabend den 1. Februar d. J., von 10 Uhr, werde ich im Rathaus zum halben Wand, Gehaltsstr. 16, hier, folgende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern und zwar: 1 Kleiderkasten, 1 Schreibkoffer, 2 Bettstellen mit Matratzen 3 andere Bettstellen, 2 Kisten, 1 Waschbott, 1 gr. Eich. Auszug (neu), 1 gr. Gaststrome m. barnten Leuchten, sowie noch viel versch. Saues und Wirtschaftsgüter, ferner 1 Bollen Umhang u. Koppfrüden, Schürzen, Unterröcke, Unterhemden, Mägen u. Hüte, Herren- und Damenuhren, Medallionen, Düringe, Damenuhren, 1 Partie Lachsenmehl, Gabeln und Köpfe, u. a. 1500 Stück Zigarren. Die Gegenstände können von 1/10 Uhr an besichtigt werden.
Alb. Franke, Auktionator, Merseburg

Grundstücks-, Acker- u. Wiesenverkauf.

Dienstag d. 4. Februar d. J., nachmittags 3 Uhr, findet im Magel'schen Gasthaus zu Reipitz der Verkauf des gesamten Grundbesitzes dem Erben des verstorbenen Frä. Pauline Bloßfeld zu Reipitz gehörig, öffentlich freibüchlich geteilt oder im ganzen, bestehend aus Wohnhaus m. Stallgebäuden u. Scheune, sowie ca. 54 Morgen Acker u. Wiesen statt. Der Besichtigende hat eine 1/10 Diebstahlskaution zu hinterlegen. Bedingungen im Termin.
Alb. Franke, beidseitiger Auktionator und Kommissar.

Geld-Lotterie.

Ziehung 4. und 5. Februar.
Hauptgewinn 60000 Mk.
Loose zu 3 Mk. Halleische Str. 25.

Emaille-Waren

Eimer, Töpfe, Eßentäger sind eingetroffen.
R. Gärtner, Unter-Allenberg 4.

Abgabe von Lebensmitteln.

Für die Zeit vom 3. bis 9. Februar 1919 werden auf den Kopf eine Bedienung zugeteilt:
100 gr. Mädeln zum Brei von 15 Uhr, auf Besuchschein Nr. 15,
1 Pf. Mädeln zum Brei von 15 Uhr, auf Besuchschein Nr. 16,
150 gr. Kunstbrot zum Brei von 24 Uhr, auf Besuchschein Nr. 17.
Zugabe der Besuchscheine Nr. 15 bis einschl. 17 am Mittwoch den 29. Januar und Donnerstag den 30. Januar 1919 in der Wolk's- und Winkelhandtscheine und in den Galvator'schen sind für Mittagessen abzugeben: Besuchschein und Quittung 15 Einweisung der Forderungsanmeldung durch die Bestandsstellen bis zum Freitag den 3. Januar 1919, mittags 12 Uhr.
Verkauf der Ware von Donnerstag den 6. Februar bis einschließlich Sonnabend den 8. Februar 1919 gegen Abgabe der Quittungsabchnitte.
Merseburg, den 27. Januar 1919. L. A. II. 242/19.
Das städtische Lebensmittelamt.

Bersteigerung von Abraumholz am Mittwoch den 29. Januar 1919, von nachmittags 3 Uhr ab in der Werderallee meistbietend gegen sofortige Bezahlung.

Merseburg, den 28. Januar 1919. L. 72/19.
Der Magistrat.

Achtung! Verpöngte!

Sämtliche Verpöngte, die sich früher bei den Verpöngten-Abteilungen im „Heiteren Bild“ und „Wilhelmshöhe“ gemeldet haben und bisher weder befristungsmäßig noch endgültig entlassen oder zu ihren zuständigen Truppenteilen in Marsch gesetzt sind, haben sich sofort zwecks Regelung ihrer Angelegenheit bei der Verpöngten-Abteilung des Bataillons, Weihenfeld, Weidhische, Zimmer 17 zu melden.
Da das 6. Bataillon in Kürze aufgelöst wird, sind durch die Nachfolge dieses Bataillons große Schwierigkeiten zu erwarten.
Soldatenrat. Verpöngten-Abt. Erf.-Batt. Erf. 3. R. 27.

Maethers

Leiterwagen

von 1-6 Zentner Tragkraft empfiehlt

Karl Leisnering,

An der Gelfel 8. - Nahe am Markt. - An der Gelfel 8.



Gr. Fatterschweine

verkauft von heute ab

Ernst Baumann, Goltthardstr. 30



Donnerstag den 30. d. M. erhalte ich einen großen Transport

prima ostfriesisches Milchvieh.

Empfehle selbige recht preiswert.

S. Heydenreich, Crumpha b. Mücheln.

Telephon Nr. 89.

Von Mittwoch den 29. d. Mts. ab steht ein großer Transport besser junger, belgischer

Arbeitspferde

sowie einige Paar erstklassige Wagenpferde in meinen Stallungen preiswert zum Verkauf.

H. B. Kremmer, Inh. Aug. Quack, Merseburg a. S.



Arbeitspferde

sowie einige Paar erstklassige Wagenpferde in meinen Stallungen preiswert zum Verkauf.

H. B. Kremmer, Inh. Aug. Quack, Merseburg a. S.

Tierarzt Herfurth

Teichstr. 17 - Merseburg - Teichstr. 17
hat Telefonanschluss

Nr. 600

Vereinigung zur Verwertung von Schlachtpferden,

Halle a. S. : e G. m. b. H. : Büro: Schlachthof.
 Telegramm-Adresse: Schlachtpferde. Fernsprecher 1029.

Wir sind dauernd Abnehmer von

Schlachtpferden jeder Anzahl

und bitten die Herren Landwirte und Pferdebesitzer
 höflichst um Angebote
 an uns direkt oder an unsere Mitglieder.

Notschlachtungen werden jederzeit schnellstens und korrekt ausgeführt.

Hauben-Haarnetze.

10,34, gar echt Haar, 1 Stk. 1,10
 6 Stk. 6,30, 12 Stk. 12 Mk. Nachn.
 versendet Haaren-Centrale
Hesse & Reinhold,
 Leipzig, Tauchaerstr. 22
 Vertreter gesucht.

Achtung!

Frauenhaar Rohhaar Anstrichen-
 selle, Kumpen u. Mi-Metalle farr
 zu höchsten Preisen
Frau Jrmisch, Johannstr. 16
 Parterie.

Schwarzen Tee

kauft jedes Quantum
H. Rieck, Dortmund,
 Dol. hofstraße 49.

Kylfhäuser.

Täglich warme und kalte
 Speisen. Auch Abonnements

Deutsche Volkspartei!

Alle Anhänger, Mitglieder und Parteifreunde werden hiermit
 für **Donnerstag** den 30. Januar, abends 7,30 Uhr im Restaurant
 „Schultheiß“, 1 Treppe, zu einer

Versammlung

eingeladen.

Der Landes-Verband der Deutschen Volkspartei
 für den Wahlbezirk Halle-Merseburg.

Frankleben.

Siebecks Gasthof.

Sonnabend den 1. Februar d. J.,
 abends 7 1/2 Uhr,

grosstes Militär-Konzert!

Ausgeführt von dem aus dem Felde zurück-
 gekehrten aktiven Trompeterkorps des Baus-
 : felher Feldartillerie-Regiments Nr. 75. :
 Leitend: Obermusikmeister Steuer.

Daran anschließend:

Tanzkränzchen!

Fankenburg.

Mittwoch den 29. Januar 1919

großes Konzert!

Ausgeführt vom **Rohland-Orchester**, Halle,
 unter Leitung seines jetzigen Dirigenten des
bayerischen Militär-Musikmeisters
Herrn Richard Seifert.

Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 1 Mk.
 Otto Trautwein

Ratskeller-Merseburg

Donnerstag den 30. Januar

Künstler-Konzert!

Anfang 7 1/2 Uhr. — Anfang 8 Uhr.
 Otto Kießler.

Anfang wochentags 7 1/2 Uhr

Anfang wochentags 7 1/2 Uhr

Programm von
 Dienstag bis Donnerstag

Cinophon-Theater

Große Ritterstraße 1.

Der fremde Fürst.

Ein Stücken aus zwei Akten in 1. Vorspiel und 4 Akten
 in der Hauptrolle Paul Wegener.

Das Musikantenmädcl.

Drama in 4 Akten. In der Hauptrolle Rosa Porten.
 Ausserdem das Besiprogramm.

Ab Freitag: „Kain“ III. Teil.

Kaiser-Panorama

Kaiser-Wilhelmshalle
 Halleische Strasse.
 täglich geöffnet von nachmittags
 3 bis 8 Uhr abends
 Diele Woche.

San Franzisko.

Achtung!
V. D. H.
 Mittwoch | 7 1/2 | Mittwoch
 „Wettiner Hof“
 (anwesend Herr Lud-nthal
 aus Leipzig).

Freiwillige Feuerweh

Montag, 3. Febr. 1919
 7 1/2 Uhr abends
 8 1/2 Uhr er.
 Der am 1. Febr.
 im Galhof „Mitt Post“
 gehaltenen u. pünd-
 lich. Ergebenen not-
 wendig
 Das Kommando.

Ziegenzucht-Berein

Merseburg und Umgeg.

Mitglieder, die im Besitz von
 Muttertieren sind, was durch Ver-
 lage der Dekret n nachzuweisen
 ist und einen Grasplatz pachten
 wollen, mühlen es bis spätestens
 den 10. Februar ds. Js. mündlich
 mitteilen. Später. Meldungen
 können nicht berücksichtigt werden.
 Wäber, Geschäftsführer.
 Halleische Str. 79.

Richts Hund

der Kriegsbeschädigten und eh. m. Kriegst. Inehmer

Sich Berlin, Ortstr. Merseburg.
 Versammlung jeden Freitag nach
 dem 1. jeden Monats.
 Berufsberatungsstelle für Kriegs-
 beschädigte und Hinterbliebene
 jeden Dienstag in der Fankenburg.

Neu eingetroffen!

Dauer-Wäsche

(keine imprägnierte Wäsche)

Kragen

in allen
 Formen und
 Weiten.
 Dasselbe auch
 in
 Papier-Wäsche.

Halleische Dauerwäsche - Industrielle
 D. C. Schatz, Halle a. S. 1,
 56 Obere Scharnstraße 56
 Versand auch nach auswärts.

Pferde

zum Schlachten

kauft

Arth. Hoffmann, Brühl 6.
 Hochschänterei.
 Fernruf Nr. 264.
 Inhaber der Erlaubnis zum
 Kauf n Schlachtvieh.

Kylfhäuser - Technikum

Frankenhausen
 Masch. u. Eisen-Ing.
 Werkm.-Abt.
 Dir. Prof. Hoyer

Bezugscheinpret!

Wahlübun zur Streckung des
 Kartoffelbestandes hat abzugeben
 die Quadratur in Wk. 2.
 Rittergut Sönan
 bei Merseburg.
 Hierzu eine Beilage.

Hierüber hängen!

Während die Frauen bei den Wahlen zur Nationalversammlung durch ihre ungeheure Beteiligung bewiesen haben, daß sie sich der Verantwortung ihres neuen Rechtes bewußt sind, wird von reaktionärer Seite, von einigen Frauen in Charlottenburg, der Versuch gemacht, Frauen zu einer Standgebete gegen das Frauenwahlrecht zu veranlassen. Es soll wieder eine Massenpetition an die Nationalversammlung die Bitte gerichtet werden, das Frauenwahlrecht wieder zu befeitigen oder zum wenigsten durch eine Abstimmung unter sämtlichen Frauen Deutschlands eine Entscheidung darüber herbeizuführen.

Man sollte glauben, die Wahlbeteiligung der Frauen dürfte auf die Entscheidung schließen lassen, die dann gefällt würde.

Wenn im Übrigen, wer soll sich eigentlich in der Nationalversammlung gegen das Frauenwahlrecht aussprechen, nachdem selbst die Deutschnationale Volkspartei die Frauen „als gleichberechtigte Mitarbeiter an der Wiederaufbauarbeit des Volkes herlich willkommen heißt“? Sollen vielleicht die Frauen, die an der Nationalversammlung teilnehmen werden, und die im Wahlkampf tausendmal die Worte „Recht des Frauenwahlrechts“ in der Politik benutzt haben, jetzt gegen diesen Einfluß sprechen? Oder sollen die Volksparteier, die doch damit rechnen müssen, daß bei der nächsten Wahl wieder der Meinung der Männer und Frauen zu stellen, es riskieren, sich jetzt gegen das Frauenwahlrecht im Gegensatz zu den Wahlen ihrer Partei auszusprechen?

Bei der Aufkündigung der Nationalversammlung braucht niemand zu befürchten, daß bewartige reaktionäre Bestrebungen an Erfolg rechnen können. Wenn doch in dieser ersten Zeit, in der die Kraft jedes Menschen für politische Arbeit gebraucht wird, Zeit und Geld auf solche Organisationsversuche verwendet wird, ist im höchsten Grade zu bedauern.

Es verlohnt nicht, sich mit der Begründung dieser Eingabe, die unter Frauen und Männern zuerst verbreitet wird, auseinanderzusetzen; denn die Geschichte wird beweisen, ob diese Eingabe berechtigt waren, oder ob — im Gegensatz zu den Aufkündigungen reaktionärer Kreise — die Parteien der Frauen in der Politik eine Kraft und eine Berechtigung des öffentlichen Lebens werden wird.

Die Demokratie des Herrn Ebert.

Der Volksbeauftragte Ebert hat sich einem Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ gegenüber über das Ergebnis der Nationalversammlung ausgesprochen. Er hat dabei etwas sehr aufgegeben, sowohl die Wahlverhältnisse als auch die Frage, wie man das Wahlergebnis im weiteren nicht über die Engländerdemokratie allein nicht imstande ist, die Regierung zu bilden, nicht er, er begreift, daß die Deutsche demokratische Partei dazu nötig sein wird. „Aber“, so sagte er, die Partei, die in der Regierung die Stütze mit uns teilen soll, muß sich bewusst sein, daß ein Aufkommenarbeiten nur möglich ist, wenn es nicht nur in demokratischen, sondern auch in sozialistischen Sinne erfolgt.

Dieser Auffassung muß doch von demokratischen Standpunkten aus entschieden widersprochen werden. Gerecht kann es nicht sein, daß die Nationalversammlung kein Mittel zur Rück-

wärtsrevolution der politischen Grundgesamtheiten der Revolution sein, daß sie selbstverständlich für eine denartige Rückwärtsrevolution ist auch keine Möglichkeit vorhanden. Anders aber ist es um die, wie Herr Ebert sich ausdrücklich „Arbeit im sozialistischen Sinne“. Bezieht Herr Ebert darauf, daß die Partei, die mit der Sozialdemokratie gemeinsam die Regierung bilden wird, sozialistische Experimente im Sinne des sozialdemokratischen Parteiprogramms machen muß, so hat Herr Ebert das Wort der Nationalversammlungswahlen wohl nicht ganz richtig verstanden. Jedenfalls empfiehlt sich ihm, bevor er wieder zu programmatischen Ausführungen des Wort nimmt, die ganz klaren Riffen das Wahlergebnisses genau zu studieren.

*

Zahlungsmangel der Zeanwerte gerät Kohlenmangel.

Die beiden für die Versorgung der Landwirtschaft mit Stickstoff und damit für die Volksernährung ganz besonders wichtigen Werte, das Zeanwerte bei Merseburg und die Reichswerte in Pletzeritz, die Deutschland etwa zur Hälfte mit Stickstoff versorgen, werden infolge des Kohlenmangels in ihrer Leistungsfähigkeit auf schwerste beeinträchtigt. Der letzte Streik im Braunkohlenrevier brachte sie zum Erliegen und die unzureichende Anfuhr aus dem Ruhrrevier bietet für die Aufrechterhaltung des Betriebes eine feste Gefahr. Tropdem diese Werte gerade wegen ihrer hohen Bedeutung für die Volksernährung bei der Kohlenversorgung auf das allergrößte beizugehalten werden, ist es bei dem jetzigen Mangel an reinem Material, hauptsächlich an Lokomotiven und den notwendigen Arbeitsverhältnissen in den Kohlenrevieren nicht möglich, ihnen die 140 Wagen täglich heranzufahren, die sie zur Ausnutzung ihrer Leistungsfähigkeit brauchen. Die schwer dadurch unsere Landwirtschaft und Brotversorgung betroffen wird, liegt auf der Hand. (S. 3.)

S. Sorburg, 28. Jan. Das Eiserne Kreuz 2. Klasse wurde verliehen dem Capitular Otto Donner, dem Unteroffizier D. Rothnagel und dem Kanonier E. Rothnagel von hier sowie dem Kanonier Einar Profitz in Wablan.

28. Scherwitz, 28. Jan. Auf dem Rittergut Mischwitz ist in der Nacht zum Freitag ein großer Einbruchsdiebstahl ausgeführt worden. Das Schloß eines der Schweinehöfe wurde aufgebrochen und vier der wohlgenährten Porcsentiere sofort abgeschlachtet. Die Diebe mischten sich sehr sicher gefühl und große Sachkenntnis besitzen haben, denn die Tiere sind regelrecht abgeschlachtet und das Blut aufgefressen worden. Die Tiere wegen durchschnittlich 2 1/2 Fennner. Die Täter haben ihre Arbeit in der Zeit von 1/2 bis 4 Uhr ausgeführt, in Betracht kommen 4 Mann. Das erbeutete Diebsgut ist auf einem Wagen forttransportiert worden.

Wetterwarte.

1. W. am 29. Jan.: ziemlich mild, doch meist bewölkt. Wetter, frühzeitig etwas Niederschlag. — 30. Jan.: zunächst ziemlich heiter, trocken, nahe Null, später Trübung, milde, etwas Niederschlag.

Vermischtes.

* Eine folgenschwere Benzin-Explosion. Telegraphisch wird gemeldet: In der Götischen Schuhfabrik in Alsen (Prov. Rheinprovinz) entstand auf unangefangene Weise eine Benzin-Explosion. Vier Männer wurden getötet. Die Verletzten sind im benennenden Gebäude ungetötet.

Neueste Nachrichten.

Das Wahlergebnis im 13. Wahlkreis (Merseburg-Grur).

konnte, soweit der Regierungsbezirk Merseburg in Betracht kommt, bis Dienstag mittag 1 Uhr das vorläufige Resultat festgestellt werden. Es entfielen auf die einzelnen Parteien folgende Stimmen:

Unabh. Soc.	268 823	(19. Jan.: 294 347)
Mehrheitslos.	88 240	(" 109 058)
Demokr. Partei	157 438	(" 161 272)
Christl. Volkspartei	6 595	(" 1 438)
Deutsche Volkspartei	79 101	(" 76 797)
Deutsche Volkspartei	11 660	(" 17 831)

Das Ergebnis aus dem Regierungsbezirk Erfurt stand noch nicht fest, da das Resultat aus zwei Kreisen (Schleisingen und Worbis) noch nicht eingegangen war. Die Demokratische Partei dürfte bestimmt auf 6 Mandate unter 19 zu rechnen haben. Auf die Deutschnationale Volkspartei entfielen voraussichtlich 2, auf die christliche Volkspartei 1, die Mehrheitspartei 2 und die Unabhängigen 8 Mandate. Die Deutsche Volkspartei geht wieder leer aus.

Die Welen an der brandenburgischen Grenze.

Zälligau, 28. Jan. (Priv.-Telegr.) Die Welen rufen hitemalig gegen die brandenburgische Grenze vor. Es ist anzunehmen, daß sie in den nächsten Tagen verstanden werden, die Bahn Benthien-Schmieds zu führen. Somit mit Unwahrscheinlichkeit noch weiter vor ihnen befeh, ebenso Berlin unmittelbar vor unseren Toren.

Boruzal wieder eine Republik.

Ziffaban, 28. Jan. (Sabas.) Die flüchtigen Aufständischen wurden verhaftet und gefangen gesetzt. Die revolutionäre Bewegung ist zu Ende. Im Norden des Landes wurden gegen Daporis in Boruzan und Bizeu Truppen zusammengezogen. Die Republik wurde wieder aufgehoben.

Aus England von einer Revolution?

Amsterdam, 28. Jan. Dem „Allgemein Handelsblatt“ zufolge berichtet die „Times“, daß am 28. Januar in London eine holländische Versammlung abgehalten wurde, in der die Dramaturgie eines Generalfreies als erster Schritt zur Revolution besprochen wurde.

Friedrich Schultze, Bankhaus Eröffnung laufender Bankkonten zur Unterstützung des bargeldlos. Zahlungsverkehrs Ausführung aller ins Bankfach schlagenden Geschäfte.

Reisbank-Giro-Konto. Merseburg gegr. 1862. Postcheck-Konto Leipzig 4727.

Scheck-Formulare stehen an meiner Kasse zur Verfügung.

Dom. Getraut der Unterzeichneten Wilhelms Böhdm mit Frau Hedwig geb. Mehnert. **Heirat.** Heirat: der Invalide Wilhelm Aee. Venentien; der Schmiedemstr. Aug. Spott Stadt. Getauft. Ida Ann. I. des Maurers Terne; Charlotte Marcarie, melische I. — Geirauf der Heirat. H. Gruner mit Frau B. A. geb. Jitner; der Mechaniker G. A. Böhm mit Frau E. A. geb. Ademann. — Beerdigt: der Schuhmachermeister Gödel; eine unehel. I.; d. Schiefer deder Tischstell; die I. des Arb. Taber; der Brauermann Siegel; die Ehefrau des Bäckermeisters Schmiedr.

Statt Karten!
Für die uns anlässlich unserer Vermählung erwiesene Aufmerksamkeit sagen hiermit herzlichsten Dank
Willy B'ödorn und Frau Hedwig geb. Mehnert.
Merseburg, den 28. Jan. 1919.

Für die mir anlässlich meines 50jährigen Dienstjubiläums zugewandene zahl eichen Glückwünsche und Geschenke sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank!
Merseburg, den 27. Januar 1919.
Wilhelm Groß, Kanzlei-Inspekt'or.

Nachruf!
Am 24. d. M. entschlief nach längerem Leiden unter werter Kollege
Richard Böhm.
Durch seinen biederen Charakter war er uns stets ein Vorbild und werden wir seiner nie vergessen!
Merseburg, den 28. Januar 1919.
Die Mitglieder des Musikkorps A Böhm.

Dienstag nacht 2 1/2 Uhr verchied nach kurzem Krankenlager uns-re liebe, teure, gute Mutter, Urgoss-, Gross- und Schwiegermutter-, Schwägerin und Tante, die verwitwete Schuhmachermeisterin
Marie Schmieder
geb. Kämpf
im 73. Lebensjahre.
Im Namen aller Hinterbliebenen:
Karl Schmieder.
Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr von der Kapelle des Aitebürger Friedhofes aus statt. Zuedachte Kranzspenden bitten wir Proasserstrasse 3 abzugeben.

Dank!
Für die so überaus zahlreichen Beweise der Teilnahme bei dem Heimgange unseres lieben Entschlafenen, insbesondere dem Merseburger Landwehr-Verein für das Ehrengelicit, sagen herzlichsten Dank
Ww. W. Spott nebst Kindern.
Merseburg, den 28. Januar 1919.

Heute Montag abend 7 1/2 Uhr entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden unsere innigstgeliebte Tochter und Schwester
Martha Bude
kurz vor ihrem 11. Lebensj.
Dies zeigen tiefbetäubt an
Hermann Bude nebst Kindern
Merseburg, 27. Jan. 1919.
Beerdigung wird noch bekannt gegeben, etwaige Kranzspenden bitte nach Breitelstraße 12 abzugeben.

Landhaus oder kleines Haus zum Mietbewohnen in oder Nähe von Merseburg zu mieten oder zu kaufen gesucht. Off. u. Sandhaus an die Exped. d. Bl. erbeten.
Grauer Damenst. hat gegen goldene Durzinge zu tauschen gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Merseburger Correspondent.

Er erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 2,50 Mk.; durch den Posten frei ins Haus 2,70 Mk.; durch die Post 2,70 Mk. auswärts Bestellgeld; durch unsere Vertreter am vom Bande 3.— Mk. Einzelnummer 10 Pfg.

— Geschäftsstelle: Clarab. 3. —

— Fernsprecher Nr. 324. —

Anzeigenpreis: Für die einseitige Tertiale oder deren Raum 30 Pfg. im Blattmarkt 75 Pfg. Schriftzeilen und Nachvermerken 20 Pfg. mehr. Platzverzicht ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigen - Annahme 9 Uhr vormittags.

Nr. 24

Montag den 29. Januar 1919

1919

Der Wille zum Einheitsstaat.

Dankbar, aber sicher fügt sich Stein auf Stein zu dem großen Bau des neuen republikanischen Deutschland. Die Unten haben doch wieder einmal Murren gezeigt. Die Konferenz im Bundesratsaal des Reichstags des Innern, die vom frühen Morgen bis zum Abend des Sonnabends tagte, hat den entscheidenden Beweis gebracht, daß der Wille zum Reich, von einigen kleinen Schreibern abgesehen, heute noch das ganze Deutschland erfüllt, ja daß er in manchem noch stärker geworden ist als früher. Auch von den Vertretern der Bundesstaaten wurde als des Ideal deutscher Zukunft der Einheitsstaat betont, als die Bemühung jeder Sonderpartei fleißigen wie größten Sichts. Freilich verheißte sich auch keiner der Wandern, noch, so wie Kom nicht an einem Tage erkant wurde, auch hier der Weg zur Vollendung ein langer und vielleicht nicht ganz unbeschwerter ist. Aber der Wille ist da, ist überaus überbe- weisbar stärker vorhanden als die bunte Eifersüchtelei angenommen hat.

Dem Volksbeauftragten Domböck muß zugestimmt werden, wenn er daran erinnert, daß es ja auch in Italien Gegensätze zwischen Nord und Süd gab, die vielleicht noch größer seien als im Deutschen Reich, daß sie aber doch auch dort durch die Arbeitseigenenschaft von Nord und Süd sich gefunden haben. Beseitigung in Arbeitseigenheit habe nach der Revolution, wie Domböck behauptet, die Meinung behauptet, daß der Weg zum Einheitsstaat nur einseitig offen sei. „Doch ist in Deutschland auch aufzuheben!“ Das Wort wollen wir nie vergessen, mit alle, denn es enthält die Schlüssel zum Einheitsstaat, die Größe der Heimat aller deutschen Stämme zu tun ist. Freilich, ein Misten fürte zu Beginn der Besatzungen die schöne Melodie. Der Ministerpräsident Günzen, der aus seiner Berliner Heimat sich zum Abwarten entschuldigt hat, verweist in diesem Ansturm die Debatte über den grundsätzlichen Verhandlungsgegenstand, den Verfassungsentwurf des Staatssekretärs Bruns, dadurch zu Falle zu bringen, daß er ein Rechtsgesetz durchdrücken wollte, das den Entwurf Bruns überflüssig machen sollte. Seine ihm vom Volksbeauftragten Obertrug beizubringen umgehende Niederlage war nicht ohne Sinn, denn Günzen, der im Namen der süddeutschen Regierungen und auch Sachsen zu sprechen erklärte, wurde prompt von sachlicher und mitbewußter Seite korrigiert.

Somit das heute möglich ist, wurde dem Willen zum Einheitsstaat der Weg geöffnet durch die vom Volksbeauftragten Obertrug beantragte Resolution, die einstimmig angenommen wurde und auch deshalb von ganz besonderer Bedeutung ist, weil sie die drohenden staatsrechtlichen Kampfs zwischen den Nationalparlamenten des Reiches und

Neueste Nachrichten.

Das bisherige Wahlergebnis am 14. von insgesamt 23 Wahlkreisen.

Berlin, 28. Jan. (Priv.-Telegr.) Bis nachts 12 Uhr lagen von den insgesamt 23 Wahlkreisen 14 Ergebnisse vor. Soweit sich bis jetzt überlegen läßt, hat die Deutsche demokratische Partei wieder einen sehr großen Wahlerfolg erzielt, und man darf schon jetzt mit einiger Sicherheit annehmen, daß sie ziemlich in derselben Stärke wie in die Deutsche Nationalversammlung einzutreten wird. Abweichend davon wie eine Übersicht der bisherigen Wahlergebnisse: Demokraten 44, Mehrheitssozialisten 98, Unabhängige 21, Deutschnationale 21, Deutsche Volkspartei 11, Zentrum 49, Schleswig-Holsteiner Bauerndemokratie 1, macht zusammen 245.

Wahlergebnis im Bezirk Magdeburg.

Magdeburg, 28. Jan. Nach den vorläufigen Feststellungen im Wahlkreis Magdeburg dürften hier 4 Deutsche Demokraten, 1 Deutschnationaler und 7 Mehrheitssozialisten als gewählt zu betrachten sein. Die unabhängigen Sozialdemokraten (Hilke Albrecht-Halle) fielen aus.

Vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung.

Berlin, 28. Jan. Der Eröffnung der Sitzung der Nationalversammlung in Weimar am 1. Februar werden bereits am 4. Februar an vorbereitende Präzisionsarbeiten vorangegangen. Die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion versammelt sich bereits am Dienstag zur konstituierenden Sitzung.

Aus einer Entschließung des Präsidiums Graf. Berlin erklärt man, was der „Vorwärts“ herüberhört, von der Erklärung Obertrus, daß die Reichsregierung an Berlin als Reichshandhabung unbedingt festhält. Auf der gestrigen Finanzministerkonferenz in Weimar sollte, wie verschiedene Blätter berichten, ein Antrag über die Abgabe von Steuern und eventuell auch von Steuern, die Einkommensteuer den Einkommen zu belassen.

Ein provisorischer Präsident.

Berlin, 28. Jan. (Priv.-Telegr.) An der Spitze der provisorischen Reichsregierung, deren Einsetzung nach dem Beschluß des bundesstaatlichen Ausschusses der Nationalparlamentarier vorgefertigt werden soll, soll, wie wir hören, ein provisorischer Reichspräsident stehen.

Das Regiment Reinhard als Schutz für die Nationalparlamentarier.

Berlin, 28. Jan. (Priv.-Telegr.) Wie wir erfahren, ist dem Berliner freiwilligen Regiment Reinhard der Schutz der Nationalparlamentarier in Weimar übertragen worden. Zwei Bataillone des Regiments werden in den nächsten Tagen nach Weimar verlegt und dort untergebracht. Die Truppe soll bei den bestmöglichen Verhältnissen als Polizeimacht angegliedert werden, sondern lediglich der Regierung für etwa notwendig werdende Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Die Spartakisten in Wilhelmshaven.

Berlin, 28. Jan. Wie das „V. L.“ aus Oldenburg berichtet, war es gestern bis 11 Uhr nachts unruhig, eine Verbindung mit Wilhelmshaven zu erhalten. Man hofft aber, heute früh Kommunikation mit Wilhelmshaven aufnehmen zu können. Die Besetzung von Wilhelmshaven durch die Kommunisten sei, wie das Blatt schreibt, als eine Art Warnschick der Spartakisten aufzufassen, die sich auf dem legalen Wege der Wahl nicht in den Besitz der Macht zu setzen vermögen.

Zusammenstoß von Schülern und Soldaten.

Bremen, 28. Jan. (Priv.-Telegr.) Unter den Schülern der hiesigen höheren Lehranstalt herrschte gestern Zerstörung. Es gelang den Lehrern zwar trotz der Unruhe den Unterricht durchzuführen. Nach Schluß des Tages kamen aber mehrere hundert Schüler und Schülerinnen mit drei schwarz-weiß-roten Fahnen zum Markte, wo Anführer gehalten wurden. Die Sicherheitswache sah sich zum Einschreiten gezwungen. Verschiedene zerstreuten die Fahnen mit der Reichsarbeite und zwischen Soldaten einerseits und Schülern andererseits entstand eine ziemlich heftige Prügelei. Es wurden etwa 20 Verhaftungen vorgenommen, von denen nur eine aufreicht erhalten wurde. Die Schüler erklärten, daß es sich um eine Demonstrationen für den früheren Kaiser als Person, nicht als Monarchen handelte.

(Neueste Nachrichten siehe auch Beilage.)

daß die Zahl der Mandate in jedem Bezirk um die Hälfte zu mehr werden ist, so daß beispielsweise Berlin 11 Abgeordnete für die Nationalparlamentarier wählt, während es für Preußen 21 zu leisten hat. Das Ergebnis wird sich vielleicht etwas früher zusammenstellen lassen, als bei den Reichswahlen, einmal, weil sich der Apparat besser eingependelt hat, dann aber auch, weil nach allen bisher vorliegenden Nachrichten die Wahlbeteiligung wesentlich geringer gewesen ist, und zwar haben darunter die Mehrheitssozialisten am stärksten zu leiden gehabt. In Berlin in einzelnen Bezirken 1000 Stimmen und mehr. Vor der Hand aber sind das alles noch Zahlen, die aus denen sich nicht entnehmen läßt, ob diese Verteilung der Stimmenklassen auch Einfluß auf die Verteilung der Mandate ausüben wird.

Wiederankommen des Anstalts im Ruhrgebiet.
Der Anstalt der Bergarbeiter im Ruhrgebiet scheint wieder ankunftslos. Auf der Seite „Berliner Nachrichten“ trat die Belegschaft wegen geringfügiger Differenzen in den Anstalt. Auf der Seite „Leinburg“ des Bochumer Vereins legten 1200 Arbeiter von der Belegschaft die Arbeit nieder als Kundgebung gegen die Lösung der Belegschaft und der Frau Angewandte auf der Seite „die Belegschaft“ ist die Belegschaft ebenfalls nicht eingetreten.

Gegen die Arbeitslosigkeit.

Die offiziellen „V. L.“ schreiben:
„Die unvollständigen wirtschaftlichen Zustände haben im Ruhrgebiet den Entschluß reifen lassen, radikal durchzugreifen und Maßnahmen im Werk zu legen, die der mehr oder weniger bestehenden ökonomischen Genügsamkeit der Arbeiterschaft ein Gebot zu tun geeignet sind. Ohne weiteres ist klar, daß der Arbeit, an dem hier anzuwenden ist, der Arbeitslosigkeit, besonders das brennende Problem der Arbeitslosigkeit, sein muß. Bedenkt man, daß allein in der Gegend von Dortmund die Zahl der fehlenden Arbeitskräfte auf annähernd 600 000 beziffert werden kann und schon jetzt die Arbeitslosigkeit unter solchen Verhältnissen als ernstlich gefährdet gelten muß, erwägt man weiter, daß die Lebensmittellieferung der deutschen Bevölkerung die Gewähr auf eine solche Beschäftigung des Arbeitenden auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung Deutschlands durch die Gewinne aus der Beschäftigung der Arbeiter in den Kohlen- und Zinnbergwerken zu legen ist, so kann kein Zweifel sein, daß sich gegen die bestehende Arbeitslosigkeit in Folge von selbst Maßnahmen aufdrängen, von denen die eben veröffentlichte Verordnung vom 15. Januar 1919, nach welcher den Kommunen des Reichs zunächst in allen Fällen wo Arbeitslosigkeit überhand genommen wird, die Gewerbesteuerentlastung zu erlassen, vielleicht nur der erste Schritt bedeutet. Sollte dieser Schritt nicht hinreichen, so wird man voraussichtlich vor härteren Maßnahmen nicht zurückzusehen. Schon jetzt kann gesagt werden, daß Gewinne in diesem Sinne im Gange sind.“

450 000 Tonnen Förderausfall im Ruhrgebiet.

Nach einer Aufstellung aus der Zeit vom 2. Dezember 1918 bis zum 2. Januar 1919 wurde auf insgesamt 111 Schachtanlagen des Ruhrbezirks getreift, und zwar in 600 000 Schichten. Das bedeutet einen Förderausfall von 450 000 Tonnen.

Sämtliche Arbeiter der Probabteilung der Gesellschaft „Rhein“ in Weimar sind in den Anstalt getreten.

so daß der Betrieb ruht.

Ein Kartell gegen Abel.

Wie die „V. L.“ aus zuverlässiger Quelle hört, befindet sich Abel, der Leiter der bolschewistischen Propaganda, noch immer in Berlin. Ebenso wie gegen Eichhorn ist auch gegen ihn ein Kartell erstellt worden.
„Daily Mail“ meldet aus Petersburg indirekt: Im Sovietrat wurde der Volksminister für Petersburg bekannt, daß zwischen der Soviet-Regierung und den Spartakus-Anhängern in Deutschland ein förmliches Disziplinabündnis abgeschlossen wurde. Außer Abel werden noch immer einige Dutzend Sovietvertreter auf deutschem Boden, wo der Kampf mit der Sowjet hat in sein letztes Stadium treten werde.

Forderungen der holländischen Eisenbahner.

Eine von 2550 Beamten aus ganz Veden besetzte Eisenbahnerparlament in Maastricht verlangte in einer Entschlußnahme der Regierung eine Erhöhung der Lohnsätze um 500 Mark und stellte der Regierung eine Frist bis zum 31. Januar. Im Falle der Ablehnung sollte die Forderung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchgesetzt werden. Eine zweite Entschlußnahme sprach sich für die Schaffung von Reichseisenbahnen aus.

Notte über die Kommandogewalt.

Der Soldatenrat der Großhändler Truppenkette vor am Montagmorgen zu einer Vollversammlung im preußischen Abgeordnetensaal zusammengetreten, um sich über die Verantwortung wegen der Neuorganisation der Kommandogewalt und die Aufgaben der Soldatenräte auszusprechen. Die neue Verordnung wurde von verschiedenen Seiten scharf angegriffen und schließlich von dem Volksbeauftragten Kossel abgelehnt. Er führte aus:
Die Verordnung ist allerdings etwas lang geraten und nach keiner Seite hin voll befriedigend. Sie stellt doch

colorchecker CLASSIC
xrite

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40
41	42	43	44	45	46	47	48	49	50
51	52	53	54	55	56	57	58	59	60

100mm